

**WKF-03 NEU** DIE GRÜNEN STEHEN ZU IHREN FORDERUNGEN: KLIMARETTUNG  
JETZT

Antragsteller\*in: OV Wolfratshausen \* Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV)  
Tagesordnungspunkt: WKF Wirtschaft, Klima, Finanzen  
Status: Zurückgezogen

## Antragstext

- 1 (Geeinter Antrag aus den ehemaligen Anträgen WKF-01 - Wolfratshausen und WKF-03  
2 - Koch u.a.)
- 3 Dürresommer, Hitzewellen und Unwetter zeigen uns: Der Klimawandel ist bereits in  
4 vollem  
5 Gange. 40 Jahre war die Entwicklung bekannt und absehbar, ohne dass die Politik -  
6 weltweit  
7 wie auch in Deutschland - entschieden gehandelt hätte.
- 8 Laut Sonderbericht des UN-Klimarates IPCC bleiben der Menschheit nur noch 11 Jahre  
9 Zeit,  
10 also bis 2030, um unsere Gesellschaft und die ganze Welt vor den verheerenden  
11 Auswirkungen  
12 einer Erdüberhitzung um mehr als 1,5 °C zu schützen. Zudem erleben wir das größte  
13 Artensterben seit der Dinosaurierzeit. All dies hängt zusammen mit der Art, wie wir  
14 wirtschaften. Die auf Wachstum basierende Weltwirtschaft führt dazu, dass wir 2018  
15 schon am  
16 1. August den ‚Weltüberlastungstag‘ erreicht haben. In Deutschland ist der CO2-  
17 Fußabdruck  
18 ca. fünfmal so hoch wie der für unsere Erde verträgliche Fußabdruck aller Menschen.  
19 Wir  
20 müssen Schluss machen mit der Lebenslüge, ähnlich weiterleben zu können wie bisher  
21 UND  
22 gleichzeitig die Klimaänderung im erträglichen Rahmen halten. Grünes Wachstum mag  
23 dabei in  
24 Teilaspekten eine Teillösung sein, die bereits spürbare Klimakatastrophe wird es allein  
25 nicht abwenden. Wir müssen unseren Verbrauch in allen Bereichen verringern und  
26 unser  
27 Wohlbefinden nicht mehr vom materiellen Wachstum abhängig machen. Diese  
28 Radikalität ist  
29 alternativlos!
- 30 Wir sind die erste Generation, welche die Folgen der Klimakrise zu spüren bekommt.  
31 Und die  
32 letzte, die noch etwas ändern kann. Wir brauchen eine Responsibility to Prepare,  
33 analog zur  
34 Responsibility to Protect, also eine Verantwortung der internationalen Gemeinschaft  
35 für die  
36 Bewahrung der Zukunft im Rahmen der Vereinten Nationen und innerhalb der EU-  
37 Strukturen. Dazu  
38 brauchen wir die Festschreibung des Klimaschutzes im Grundgesetz als höchste  
39 staatliche  
40 Aufgabe.

24 Millionen überwiegend Jugendliche weltweit eint die Sorge um ihre Zukunft. Vor zehn  
oder  
25 zwanzig Jahren wären die nötigen Gegenmaßnahmen aus den Staatshaushalten  
„locker“ bezahlbar  
26 gewesen, heute wird es teuer, ist aber noch leistbar. In wenigen Jahren wäre es selbst  
bei  
27 größten Opfern nicht mehr finanzierbar. Darüber hinaus wird es weitere Konflikte  
geben, wenn  
28 jetzt nicht gehandelt wird. Wasser wird knapp, bereits jetzt beginnen in  
Norddeutschland  
29 Konflikte zwischen Konsumenten und Landwirtschaft. Und in Indien werden in Kürze  
Millionen  
30 Menschen ohne Trinkwasser sein. Bis 2040 könnte es bereits 200 Millionen  
Klimaflüchtlinge  
31 geben. [1]

32 Verstärkte Energieeinsparungen und der Umbau der Energieerzeugung, der  
Landwirtschaft, der  
33 Industrie und des Verkehrs ist notwendig, der Wirtschaft insgesamt, und zwar alles  
34 gleichzeitig. Die FfF-Bewegung und die darin engagierten Jugendlichen haben das der  
breiten  
35 Öffentlichkeit vermittelt. Die Wahlergebnisse der Grünen kommen daher, dass die  
Wähler\*innen  
36 hierzu von uns Lösungen erwarten, aber Lösungen in großen Schritten, nicht ein  
Kurieren in  
37 Details. Die anderen Parteien, allen voran die GroKo mit ihrem Klimaschutzpaket,  
haben in  
38 der Klimafrage geschlossen versagt. Wenn wir jetzt einen Regierungsauftrag  
bekommen, dann  
39 müssen wir auch liefern. Das will vorbereitet sein, die Eckdaten müssen vorher stehen,  
sie  
40 können nicht erst unter dem Druck einer Koalition in der Regierung zustande kommen.

41 Unter Berufung auf Artikel 20a des Grundgesetzes:  
42 **„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die zukünftigen Generationen  
die natürlichen  
43 Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen  
Ordnung durch die  
44 Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die  
vollziehende Gewalt und die  
45 Rechtsprechung.“**

46 erklären wir deshalb den Klimanotstand und damit die Eindämmung der Klimakrise  
und ihrer  
47 schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität.

48 Zuvorderst fordern wir die umfassende Information der Bevölkerung über den  
Klimawandel,  
49 seine Ursachen und Auswirkungen sowie über die Maßnahmen, welche gegen die  
Erdüberhitzung  
50 ergriffen werden müssen und aktives Werben auf allen Ebenen für die Einhaltung des  
1,5°-  
51 Ziels.

**52 Ziel für Klimaneutralität Deutschland**

53 Deutschland muss bis 2035 die „Nettonull“ erreichen, d.h. Energieerzeugung, Verkehr  
54 und  
55 Wohnen müssen treibhausgasfrei werden, die Landwirtschaft und die Industrie dürfen  
56 nicht  
57 mehr CO<sub>2</sub>-Äquivalente (CO<sub>2</sub>, Methan, Stickoxide, ...) emittieren, als durch Aufforstung  
58 und  
59 andere Maßnahmen gebunden werden. Das erfordert u.a. eine grundlegende  
60 Transformation der  
61 globalen Wirtschafts- und Finanzsysteme.

**58 EINE STEUER AUF ALLE TREIBHAUSGASEMISSIONEN.**

59 Treibhausgase, Luftschadstoffe und andere Umweltbelastungen führen neben allen  
60 anderen  
61 Schäden auch zu wirtschaftlichen Einbußen durch z. B. Produktionsausfälle,  
62 Ernteverluste  
63 oder Schäden an Gebäuden und Infrastruktur. Für viele dieser Schäden gibt es  
64 etablierte  
65 wissenschaftliche Methoden, um sie in Geldwerten auszudrücken. Das  
66 Umweltbundesamt (UBA) hat  
67 in der 2016 veröffentlichten Methodenkonvention 3.0 die Kosten durch  
68 Umweltbelastungen neu  
69 berechnet. Danach verursacht zum Beispiel die Emission einer Tonne Kohlendioxid  
70 (CO<sub>2</sub> äq.)  
71 Schäden von rund 180,- €. [2]

- 66 • In einem ersten Schritt im ersten Regierungsjahr beginnen wir mit einer  
67 deutlichen  
68 Anhebung der Kosten für CO<sub>2</sub>-äq. – in ALLEN Bereichen: Verkehr, Wohnen,  
69 Landwirtschaft,  
70 Verkehr, Energie und Industrie – mit 60,- € pro Tonne CO<sub>2</sub>-äq.
- 69 • Dabei sind die bereits aktuell erhobenen „Ökosteuern und -abgaben“  
70 einzubeziehen bzw.  
71 zu verrechnen. Z.B. Öko-Strom wird somit erheblich billiger.
- 71 • Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss innerhalb der nächsten vier  
72 Jahre  
73 auf die laut UBA erforderlichen 180,- € pro Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent erhöht werden,  
74 mit  
75 Hilfen bei der Umstellung für übermäßig stark betroffene Industrien wie z.B. Stahl  
76 und  
77 Zement.
- 75 • Danach wird der Betrag jährlich geprüft und angemessen angepasst an die  
76 jeweils  
77 erreichten und noch offenen Ziele (2030) – gegebenenfalls weiter erhöht.
- 77 • Der Reinerlös wird als jährliches Pro-Kopf-Geld (unabhängig von Sozialleistungen)  
78 an  
79 die Bevölkerung rückerstattet, um die zu belohnen, die klimabewusst leben und

79 übermäßig Betroffenen die Umstellung zu erleichtern. In ländlichen bis  
80 kleinstädtischen Raumtypen erhöht sich das Energiegeld um eine  
Regionalkomponente als  
81 Zuschlag mit einem festem Betrag je Erwachsenen, die durch den Mehraufwand  
für längere  
82 Wegstrecken und den weniger guten ÖPNV sowie schlechtere Ausgangslage bei  
der  
83 Energiestruktur als in Metropolen gerechtfertigt ist.

#### 84 **AUSSTIEG AUS FOSSILEN ENERGIETRÄGERN**

85 In der Energiezeugung lässt sich mit vertretbarem Aufwand schnell viel erreichen,  
daher  
86 haben die folgenden Umsetzungen höchste Priorität. STICHWORTE: Kohleausstieg bis  
2030,  
87 Löschung der freiwerdenden CO<sub>2</sub>-Zertifikate aus dem Europäischen Emissionshandel  
(ETS),  
88 Beendigung aller direkte und indirekte Subventionen für fossile Energieträger,  
Einbauverbot  
89 für neue fossile Heizungen und Umstiegsprogramme, keine neuen Importverträge  
fossiler  
90 Energieträger und die bestehenden schnellstmöglich rechtssicher beenden.

#### 91 **AUSBAU ERNEUERBARE**

92 Der aus verschiedenen wirtschaftlichen wie oft auch politischen Interessen ins Stocken  
93 geratene Ausbau der EE muss umgehend wieder hochgefahren werden. Zur  
Erreichung der Ziele  
94 ist es notwendig, ab sofort jährlich in einer Größenordnung von 7 Gigawatt Onshore-  
Windkraft  
95 und mindestens 15 Gigawatt Photovoltaik neu zu installieren und das Ausbauziel für  
Offshore-  
96 Windkraft im Rahmen der ökologischen Tragfähigkeit um 5 Gigawatt zu erhöhen. Das  
entspricht  
97 jährlich +50 TWh mehr. Damit ist 2038 der Ausbau auf die erforderlichen 1.100 TWh  
erreicht.  
98 Die restlichen 800 TWh werden eingespart, wenn Wasserstoff und PtL im Volumen von  
300 TWh/a  
99 importiert werden.

#### 100 **Weitere STICHWORTE:**

101 Die von der EU beschlossenen Regeln für eine dezentrale Bürger\*innen-Energie  
müssen umgehend  
102 umgesetzt werden (kleinteilige Erzeugung und Nutzung von EE inklusive des Aufbaus  
sinnvoller  
103 Wärmenetze).

- 104 • Wiederherstellung wirtschaftlicher Einspeisevergütungen, Beschleunigung der  
105 Genehmigungsverfahren und eines angemessener, sinnvoll geplanter  
Netzausbaus. Weg mit  
106 dem Deckel beim Ausbau der Wind- und Solarenergie, mit dem  
Ausschreibungszwang bei

107 Wind- Onshore, der Abgabenbelastung des Strom-Eigenverbrauchs, der EEG-  
 108 Umlage auf den  
 109 Eigenverbrauch (Sonnensteuer) und den überzogenen pauschalen  
 110 Abstandsregelungen von  
 111 Windanlagen.

110 • Sinnvolle Vergütungsmodelle für Weiterbetrieb und Repowering unumgänglich.

111 • Schnellstmögliche Beschränkung der Strom-Subventionierung für die  
 112 energieintensive  
 113 Industrie auf den energieintensiven Prozess.

113 • Ausbildungsoffensive für alle erforderlichen Berufe im Klimaschutz- und EE-  
 114 Bereich.

114 • Ende der Bürokratie für kleine Einspeiser und Antragssteller.

### 115 **ENERGIEEINSPARUNG ELEKTROGERÄTE**

116 Was an Energie eingespart werden kann, muss nicht erzeugt werden, das Potential ist  
 117 noch

117 lange nicht erschöpft. STICHWORTE:

118 • Sinnvolle Umstellung der Haushaltsgeräte in den nächsten fünf Jahren mittels  
 119 eines  
 120 subventionierten Tauschprogramms auf den Stand A+++

120 • Innovationswettbewerb durch Einführung des ‚Top Runner‘-Prinzips (siehe Japan):  
 121 das  
 122 umweltfreundlichste Produkt am Markt wird zum Standard erhoben, der innerhalb  
 123 einer  
 124 bestimmten Frist erreicht werden muss. Produkte, die dies nicht schaffen,  
 125 verschwinden.

### 124 **ENERGIEEINSPARUNG WÄRME**

125 Neubauten von Bund, Ländern oder Kommunen sind ab sofort nach dem Passivhaus-  
 126 Standard

126 (Gebäuderichtlinie der EU: „Niedrigstenergiegebäude“) zu errichten. Bei privaten  
 127 Neubauten

127 ist dieser Standard schnellstmöglich vorzuschreiben.[3]

128 **Weitere STICHWORTE:** Sanierung öffentlicher Gebäude und jährlich von 5 % des  
 129 gesamten

129 Gebäudebestands auf einen dem Passivhaus-Standard nahekommenden  
 130 Energieverbrauch (mindestens

130 KfW Effizienzhaus 40) durch entsprechende Förderung, Ersatz aller fossilen Heizungen  
 131 durch

131 alternative Heizungssystem wie z.B. durch Nahwärmenetze, Wärmepumpen mit  
 132 Effizienzgrad

132 deutlich größer als 3 zu ersetzen, Unterstützung durch Solarthermie.

### 133 **MOBILITÄTSWENDE**

134 Notwendig sind nicht nur CO2-freie Technologien und klimafreundliche Infrastrukturen,  
135 sondern auch vorrangig ein kultureller Wandel, für eine ökologisch und sozial gerechte  
136 Verkehrswende. Wir brauchen weniger Autos, weniger MIV, weniger LKW auf den  
Straßen und  
137 somit weniger Straßen, wir brauchen eine andere Mobilität. „Der Verkehr in  
Deutschland  
138 kostet die Allgemeinheit 149.000.000.000 € (149 Milliarden in 2017). ... Zu den  
externen  
139 Kosten zählen alle negativen Auswirkungen der Mobilität, für die nicht die  
140 Verkehrsteilnehmer selbst bezahlen. Darunter verstehen die Studienautoren etwa  
Kosten, die  
141 durch Klima und Umweltschäden entstehen, oder durch die Folgen von Unfällen.“ [4]  
142 Der Bundesverkehrswegeplan muss entsprechend umgestaltet werden, so dass  
öffentliche Mittel  
143 auf den Ausbau klimaverträglicher Mobilität konzentriert werden. Für die nächsten  
zehn Jahre  
144 ist zudem ein Moratorium für den Aus- und Neubau neuer Fernstraßen und Flughäfen  
145 erforderlich. Der Ausbau des Bahnnetzes muss massiv vorangetrieben werden, um  
Taktfrequenz  
146 und Zuverlässigkeit zu steigern und die Verlagerung des Güterverkehrs zu  
ermöglichen. Die  
147 künftige Bebauungsplanung gibt dem ÖPNV, dem Fuß- und Radverkehr Vorrang. Der  
Rechtsrahmen  
148 für städtische Mobilität und bei der Parkraumbewirtschaftung muss entsprechend  
angepasst  
149 werden.

150 **Weitere STICHWORTE:**

- 151 • Elektrifizierung aller noch nicht elektrifizierten Bahnstrecken bzw. Umstellung auf  
152 Betrieb mit Akku-, Wasserstoff- oder Brennstofffahrzeuge. Anpassung des  
Trassenpreises  
153 auf Schienen an die entsprechenden Gebühren auf der Straße und in der Luft,  
hier nach  
154 unten oder dort nach oben, 365,- €-Jahres-Tickets in den Nahverkehrs-  
Tarifgebieten,  
155 mittelfristig- nach dem entsprechenden Ausbau der Kapazitäten - Umstellung auf  
einen  
156 kostenlosen Nahverkehr, Aufbau eines Nachtzug-Netzes in ganz Europa, schneller  
Ausbau  
157 der Schienenkapazitäten.
- 158 • Ende des Dienstwagenprivilegs, Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80  
km/h auf  
159 Landstraßen und 30 km/h in geschlossenen Ortschaften, LKW-Maut künftig auf  
allen  
160 Straßen, Elektrifizierung von Autobahnabschnitten, Einfahrverbot für Diesel-LKW

- 161 in die  
162 Städte, hier wird mit Wasserstoff oder Batterie gefahren.
- 163 • Ab 2025 keine Neuzulassung mehr für Kraftfahrzeuge, die mit fossilen  
164 Treibstoffen  
165 fahren.
  - 166 • Verteuerung der Inlandflüge sowie Flüge unter 800 km ins benachbarte Ausland –  
167 inklusive Zubringerflüge – auf mindestens den regulären Bahnfahrkartenpreis  
168 ohne  
169 Ermäßigung, Ersatz bis spätestens 2025 durch den Ausbau entsprechender  
170 schneller  
171 Zugverbindungen. Beendigung jeglicher Subventionen, auch der indirekten, von  
172 Flughäfen  
173 oder Fluggesellschaften. Umstellung des verbliebenen Flugverkehrs bis 2035 auf  
174 EE-  
175 Kerosin, Wasserstoff oder andere Treibhausgas-freie Alternativen.
  - 176 • Verbot von Schwerölantrieben in der Schifffahrt, die deutsche Häfen nutzt, und  
177 Umrüstung auf andere Antriebsarten sowie Katalysatoren und/oder Filter mit  
178 einer  
179 machbaren Übergangsfrist. Der restliche Schiffsverkehr muss bis 2035 auf EE-  
180 Treibstoffe Wasserstoff oder andere Treibhausgas-freie Alternativen sowie bei  
181 Fähren  
182 auf Batteriebetrieb umgestellt werden. Ausrüstung der Anliegeplätze mit  
183 Stromanschlüssen.

## 176 **LANDWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND UMBAUEN**

- 177 Landwirtschaftliche und vor allem ungenutzte Böden können als Kohlenstoffsinken zur  
178 Bewältigung der Klimakrise beitragen. Die Übernutzung der Böden durch die  
179 Agrarindustrie  
180 macht unsere Landwirtschaft zum CO<sub>2</sub>-äq.-Emittenten.[5], [6] Wir brauchen daher  
181 einen  
182 schnellen Umbau unserer Landwirtschaft, weg von der Übernutzung und  
183 wertevernichtenden  
184 Ausbeutung zu einem ausgeglichenen Kreislauf. Das Düngerecht ist sofort EU-  
185 rechtskonform und  
186 ambitioniert zu reformieren und vor allem streng zu kontrollieren und Verstöße spürbar  
187 zu  
188 ahnden. Wir werden keine Landwirtschaft auf organischen Böden mehr zulassen [7],  
189 Moore  
190 werden wir wieder vernässen und ein Humusmonitoring einführen, ehemalige Moore  
191 aus  
192 Ackerflächen renaturieren.
- 193 **Weitere STICHWORTE:** Bindung der künftig gezahlten Agrarsubventionen an die  
194 Einhaltung von  
195 strengen Umwelt- und Klimaschutzleistungen, deutliche Verringerung des  
196 Fleischkonsum (vor  
197 allem Rind- und Schaffleisch), aber auch des Konsums von Milchprodukten, deutliche

## Reduktion

189 der Tierbestände durch eine Einschränkung der Massentierhaltung, besonders in den  
 190 viehintensiven Regionen, keine Zulassung neuer gewerblicher Tiermastanlagen  
 (Überdüngung  
 191 durch die Abfälle![7]), Subventionierung von vegetarischen und veganen Gerichten in  
 192 öffentlichen Einrichtungen, Förderung lokaler Genossenschaften und regionaler  
 193 Erzeugermärkte.

## 194 **DEN WALD RETTEN UND ZUM KLIMASCHUTZ VERWENDEN**

195 Ähnliches gilt auch – wie der richtige Namen schon zeigt – für die „Forstwirtschaft“.  
 196 Naturnahe Wälder und Moore sind Kohlenstoffsinken zur Bewältigung der Klimakrise.  
 Aber

197 Abholzung für Landnutzungsänderungen und die Belastung durch den Klimawandel  
 machen auch die

198 Forstwirtschaft zum CO<sub>2</sub>-Emittenten. Die deutsche Regierung wird umgehend eine  
 Koalition der

199 Industrienationen schmieden, welche die noch vorhandenen Regenwälder mit  
 Zustimmung der

200 beteiligten Regierung unter dauerhaften Schutz stellt, dort ein  
 Wiederaufforstungsprogramm

201 finanziert, in die Sicherstellung der Artenvielfalt investiert, den Schutz der indigenen

202 Völker sichert und so in diesen Regionen Tausende neuer Arbeitsplätze schafft.

203 **Weitere STICHWORTE:** Auflegung eines naturgerechtes Aufforstungsprogramm,  
 Umbau naturferner

204 Fichten- und Kiefernplantagen zu natürlichen, heimischen Mischwäldern, Einfrieren und

205 schnellstmöglich Beendigung aller Handels-Abkommen mit Drittländern, in denen weiter  
 illegal

206 Regenwald abgeholzt wird.

## 207 **TECHNIKFOLGENABSCHÄTZUNG**

208 Bei der fortschreitenden Digitalisierung, in der Industrie, in den Haushalten aber auch  
 bei

209 selbstfahrenden Autos ist der benötigte Energiebedarf zu berücksichtigen und  
 möglichst zu

210 minimieren. Energieeinsparung geht dabei VOR Komfort. Alle neuen Technologien (z.B.

211 Gentechnik, Informationstechnik, Mobilfunk, Robotik, etc.) sind vor Einführung auf ihre

212 Auswirkung auf die Einhaltung des 1,5 °C-Ziels, die Gesundheit der Bevölkerung und  
 die Natur

213 zu untersuchen (Vorsorgeprinzip).

## 214 **WIRTSCHAFT**

215 Wir Deutschen müssen unseren CO<sub>2</sub>-Fußabdruck um mehr als 80 % von ca. 10 t/Jahr  
 (BMU 2018)

216 und Person auf 2 t/Jahr und Person, den für die Erde verträglichen Fußabdruck aller

217 Menschen, verringern. Wir verbrauchen auch mehr als dreimal so viele Rohstoffe, wie  
 uns der

218 Planet im Jahr zur Verfügung stellt. Wo bleibt da noch Spielraum für Wachstum,



abgesehen

219 vielleicht von kleinen Nischen?

220 Diese Dimension im Versagen unseres Wirtschaftssystems muss zu einer anderen  
 221 Wirtschaftsweise führen. Wir müssen unseren Verbrauch in allen Bereichen verringern  
 und  
 222 unser Wohlbefinden nicht mehr vom materiellen Wachstum abhängig machen. Wir  
 wollen deshalb  
 223 die auf Gewinnmaximierung und Wachstum fixierte Wirtschaftsweise in Richtung  
 224 Gemeinwohlökonomie umbauen.

## 225 **INDUSTRIE**

226 Professor Manfred Fishedick, Vizepräsident des Wuppertal-Instituts für Klima, Umwelt,  
 227 Energie: „Durch optimierte Prozesse und mehr Energieeffizienz kann die Industrie nur  
 noch  
 228 maximal ein Viertel der Treibhausgase sparen. Um richtig voranzukommen, braucht sie  
 also  
 229 völlig neuartige Ansätze.“ Betroffen sind in Deutschland vor allem: Eisen- und Stahl,  
 230 Raffinerien, Zement, Chemie, Aluminium, Glas und Keramik, Kalk und Papier.  
 Ambitionierte  
 231 Betriebe verringern ihren CO<sub>2</sub>-äq.-Ausstoß demnach jährlich um 1,7 Prozent – nötig  
 seien aber  
 232 2,6 Prozent Minus. Die Industrie insgesamt hat 2018 rund 196 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-  
 äq.  
 233 ausgestoßen, weniger als im Jahr 2000, aber etwas mehr als 2010. [8] Der Umbau der  
 Industrie  
 234 muss so unterstützt werden, dass in der Summe möglichst keine Arbeitsplätze  
 vernichtet  
 235 werden.

236 **Weitere STICHWORTE:** Investitionsprogramm „Dekarbonisierung“ (Grüner  
 Wasserstoff), Verwendung  
 237 von CO<sub>2</sub> nach Abtrennung als Rohstoff, schnellstmögliche drastische Verschärfung der  
 238 Grenzwerte für Luftschadstoffe von Industrieanlagen, die CO<sub>2</sub> ausstoßen (z.B.  
 Quecksilber aus  
 239 Kohlekraftwerken).

## 240 **HANDEL UND FINANZEN**

241 Die Klima-Auswirkungen des Handels, vor allem des Internethandels müssen stark  
 verringert  
 242 werden. Die Verlagerung „unserer“ CO<sub>2</sub>-Emissionen ins Ausland durch die (oft durch  
 die  
 243 Billiglohnstruktur bedingte) Auslagerung der Produktion in Billigländer muss wieder  
 244 Deutschland zugerechnet werden. Dies gilt auch für die durch die Digitalisierung  
 245 verbrauchten Gigawattstunden Serverleistungen.

246 **Weitere STICHWORTE:**

- 247 • Verbilligung von Sammelauslieferung und nicht „umgehend zu liefernde“  
Sendungen  
248 zulasten Einzelsendungen und Schnelllieferungen
- 249 • Schnellstmöglicher Ausstieg aller Geldanlagen öffentlicher Kassen aus  
Investment bei  
250 Staaten und Unternehmen mit unethischem/klimaschädlichem Verhalten (z.B.  
Kinderarbeit,  
251 Waffen, Nichtbeachtung der ILO-Normen, Kohle-, Öl-, Gasindustrie, Kernenergie,  
etc.)
- 252 • Kündigung aller Freihandelsverträge, die ungleiche Bedingungen für die  
Vertragsstaaten  
253 beinhalten und einer demokratischen Kontrolle entzogen sind.

254 **RÜSTUNG UND MILITÄR**

255 „Das US-Militär verursacht mehr Treibhausgase als die meisten mittelgroße Länder“  
[9]. .  
256 Rüstung und Militär sind unproduktive und damit für den Klimanotstand schädliche  
257 Energiefresser. Daher ist keine – wie gefordert – Erhöhung des Militärhaushaltes  
geboten,  
258 sondern eine deutliche Senkung! Die notwendigen Friedensarbeiten werden wir durch  
259 gewaltfreie Alternativen voranbringen, die gesparten Haushaltsmittel in den  
260 Entwicklungshilfe-Haushalt umschichten, zur Investition in klimaschützende  
Maßnahmen.

261 **FINANZIERUNG: GRÜNE NULL STATT SCHWARZER NULL**

262 Das dringend erforderliche, aber unabdingbare Klimaschutzprogramm inkl. Umbau der  
Wirtschaft  
263 und Schaffung neuer Arbeitsplätze ist nicht aus der Portokasse finanzierbar. Der US-  
264 Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders rechnet bezogen auf die USA mit 16,3  
Billionen US-\$  
265 für 10 Jahre (das entspricht pro Jahr 1.500 Milliarden €).[10] Für Deutschland wäre dies  
266 eine Größenordnung von ca. 380 Milliarden € pro Jahr. Die von der Bundesregierung  
jetzt  
267 eingeplanten 54 Milliarden bis 2030 sind dagegen ein „Tropfen auf den heißen (!)  
Stein“. Die  
268 im Moment (und auch mittelfristig noch zu erwartenden) Null- bzw. Minuszinsen  
ermöglichen  
269 eine nahezu neutrale Finanzierung. An jedem Euro, den die Regierung ausleiht,  
verdient (!)  
270 sie aktuell inflationsbereinigt ca. 2%. (Stand Sommer 2019).

271 **SOFORTPROGRAMM ZUR BESCHLEUNIGUNG DES KLIMASCHUTZES**

272 In einen möglicherweise anstehenden Koalitionsvertrag wird verbindlich festgelegt,  
dass  
273 bereits im ersten Jahr massiv mit der Umsetzung des Handlungsplanes für das  
274 Klimaschutzprogramm begonnen und bei regelmäßiger Überprüfung der Fortschritte

275 gegebenenfalls jährlich nachgebessert wird. Es wird ein Sofortprogramm  
festgeschrieben, das  
276 den Ausbau der Sonnen- und Windenergienutzung, von Strom- und Wärmespeichern,  
die Anpassung  
277 des Netzausbaus, den Umbau des Verkehrs, die Sanierung des Gebäudebestandes  
inkl. Heizung  
278 sowie ein den Klimazielen angepasstes Ernährungsprogramm anschiebt.

279 **Nur ein radikaler Umbau unserer Gesellschaft wird ein Erreichen der**  
**vertraglichen Ziele von**  
280 **Paris ermöglichen. Robert Habeck`s „Radikal ist das neue realistisch“ trifft**  
**genau den**  
281 **Punkt.**

282 [1] [https://www.greenpeace.de/presse/presseerklaerungen/200-millionen-](https://www.greenpeace.de/presse/presseerklaerungen/200-millionen-klimafluchtlinge-bis-2040)  
283 [klimafluchtlinge-bis-](https://www.greenpeace.de/presse/presseerklaerungen/200-millionen-klimafluchtlinge-bis-2040)  
[2040](https://www.greenpeace.de/presse/presseerklaerungen/200-millionen-klimafluchtlinge-bis-2040)

284 [2] [https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-](https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz)  
285 [unterlassenen-umweltschutz](https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz)

286 [3] <https://www.hamburg.de/energieeffizientes-bauen/6943798/baukostenanalyse/>

287 [4] [https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-08/verkehrsstudie-strassenverkehr-](https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-08/verkehrsstudie-strassenverkehr-folgekosten-umweltschutz-auswirkungen)  
288 [folgekosten-](https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-08/verkehrsstudie-strassenverkehr-folgekosten-umweltschutz-auswirkungen)  
[umweltschutz-auswirkungen](https://www.zeit.de/mobilitaet/2019-08/verkehrsstudie-strassenverkehr-folgekosten-umweltschutz-auswirkungen)

289 [5] Genauer: auch zum N2O- und Methan-Emittenten, N2O hat ca. die 300-fache  
Klimawirkung,  
290 Methan ca. die 25-fache. [https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/](https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase)  
291 [klimaschutz-](https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase)  
[energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase](https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase)

292 [6] [https://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/](https://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Landwirtschaft_als_Klimafaktor)  
293 [Landwirtschaft\\_als\\_Klimafaktor](https://wiki.bildungsserver.de/klimawandel/index.php/Landwirtschaft_als_Klimafaktor)

293 [7] Böden mit einem hohen Anteil organischer Kohlenstoffverbindungen speichern 30  
bis 50  
294 Prozent des gesamten Bodenkohlenstoffs der Erde

295 [8] [https://www.aktiv-online.de/news/klimawandel-so-will-die-industrie-treibhausgase-](https://www.aktiv-online.de/news/klimawandel-so-will-die-industrie-treibhausgase-reduzieren-3690)  
296 [reduzieren-3690](https://www.aktiv-online.de/news/klimawandel-so-will-die-industrie-treibhausgase-reduzieren-3690)

297 [9] B90/Die Grünen: Die Umwelt am Limit, Oktober 2019, S. 17

298 [10] [https://www.reuters.com/article/us-usa-election-sanders-climate/bernie-sanders-](https://www.reuters.com/article/us-usa-election-sanders-climate/bernie-sanders-proposes-16-3-trillion-green-new-deal-plan-idUSKCN1VC15L)  
299 [proposes-16-3-trillion-green-new-deal-plan-idUSKCN1VC15L](https://www.reuters.com/article/us-usa-election-sanders-climate/bernie-sanders-proposes-16-3-trillion-green-new-deal-plan-idUSKCN1VC15L)]

## Begründung

Die Gro-Ko-Regierung hat mit ihrem angeblichen Plan zur Klimarettung vom 20.9.2019 ihr Versagen eindrucksvoll demonstriert. Zur Ablösung dieser Politik muss ein sofort umsetzbarer Plan vorliegen, der umgehend nach der Einigung auf eine neue Regierungskoalition umgesetzt werden kann. Gehen die Grünen in eine neue Regierung, so sind diese Forderungen die Basis der Verhandlung. Letztlich werden SIE gebraucht, um die vertraglich von den Vorgängerregierungen verbindlich zugesagten Vertragsverpflichtungen einzuhalten. Wir Grünen können in Koalitionsverhandlungen daher nur unsere Zustimmung geben, wenn das Gesamtpaket unsere vertraglichen Ziele (Paris!) erreichbar macht.

Ziel ist es, die grüne Politiklinie für die nächsten Jahre (hoffentlich in der Regierung!) festzuschreiben. Dabei muss eine radikale Umsteuerung erfolgen, sollen die (auch von Deutschland völkerrechtlich verpflichtend!) gesetzten Klimaziele erreicht werden. Das wird ehrlicherweise nicht ohne Verzicht von uns allen gelingen. Das müssen wir den Wähler\*innen offen sagen und der Großteil unserer Wähler\*innen erwartet dies auch von uns. Es ist besser wir „verprellen“ jetzt 5 % unserer potentiellen Wähler\*innen, als dass wir in der Regierung genauso scheitern wie die bisherigen Regierungsparteien und nach wenigen Jahren genauso abstürzen wie diese. Allerdings soll der Beschluss Grüne Mandatsträger nicht in der Art festlegen, dass sie nur dann (auch in Bundesländern übrigens) in eine Regierungsbeteiligung gehen, wenn das skizzierte Programm Regierungslinie wird. Auch wenn wir mit der Physik der Klimakrise nun mal keine Kompromisse schließen können, werden wir nicht umhinkönnen, Kompromisse in der Politik aufgrund der Mehrheitslage schließen zu müssen. Die Abwägung, wo genau der vertretbare Kompromiss liegt zwischen anzustrebenden Zielen und erreichbaren Möglichkeiten müssen die jeweiligen Parteiorgane letztendlich entscheiden.

Die Beschlussvorlage ist bewusst kurzgehalten, es soll keine Doktorarbeit zum Klimaschutz oder einzelnen Lösungspfaden werden oder Altbekanntes und Selbstverständliches wiederholen, sondern ein verständliches Festschreiben der wichtigsten Leitlinien und des Weges in Richtung des 1,5°-Ziels darstellen. Details werden ohnehin im Koalitionsvertrag und den Regierungsvereinbarungen festgeschrieben, WIR müssen den Rahmen dafür festlegen.

Wir – wie auch unsere Wähler\*innen – haben verstanden, dass ohne massive Einschnitte in unserem Alltag die notwendigen Ziele nicht erreichbar sind. Strafzahlungen an die EU wegen der Nicht-Einhaltung unserer Vertragsverpflichtungen sind besser in Klimaschutzmaßnahmen investiert! Und mit der „Klimadividende“ zahlen wir alle(!) Mehreinnahmen pro Kopf an alle Bürger\*innen zurück: Wer also klimabewusst lebt, hat mehr im Portemonnaie, die Nicht-Einsichtigen und unbelehrbaren Klimabelaster\*innen zahlen drauf.

Bei Kriegseintritt in den 2. Weltkrieg haben die USA innerhalb von neun Monaten die gesamte Industrieproduktion auf Rüstungsproduktion umgestellt, im „New Deal“. Warum sollte uns dies nicht für die viel größere Herausforderung des Klimanotstandes gelingen?

Weitere Quellen:

<https://fridaysforfuture.de/forderungen/>

Klimakrise: Was jetzt getan werden muss, Handlungsprogramm der Umweltverbände für effektiven Klimaschutz

<https://www.reuters.com/article/us-usa-election-sanders-climate/bernie-sanders-proposes-16-3-trillion-green-new-deal-plan-idUSKCN1VC15L>

<http://www.bund-rvso.de/eingriffsregelung-ausgleichsmassnahmen-oekokonto.html>

<https://wissenwiki.de/Passivhaus>

[https://www.deutschlandfunk.de/klimawandel-wir-duerfen-keine-neuen-strassen-bauen.694.de.html?dram:article\\_id=424933](https://www.deutschlandfunk.de/klimawandel-wir-duerfen-keine-neuen-strassen-bauen.694.de.html?dram:article_id=424933)

<https://www.boell.de/de/2018/10/16/missing-pathways-15degc-die-bedeutung-des-landsektors-fuer-ambitionierte-klimapolitik>

<https://www.zeit.de/2019/33/gruene-grundsatzprogramm-klimaschutz-tierschutz-robert-habeck>

<https://taz.de/Nachhaltigkeit-und-Klimapolitik/!5609132/>

[https://de.wikipedia.org/wiki/Lenkungsabgabe\\_\(Schweiz\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Lenkungsabgabe_(Schweiz))

<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-4>

## **weitere Antragsteller\*innen**

Dietmar Rieth (Südwestpfalz KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Hartwig Berger (Berlin-Charlottenberg/Wilmersdorf KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Dirk Paul Finkeldey (Aurich-Norden KV); Jürgen Janssen (Wesermarsch KV); Elisabeth Özge (Wilhelmshaven KV); Christian Stawinsky (Oberberg KV); Kerstin Dehne (München KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Tabitha Elkins (Alzey-Worms KV); Sira Berkhan (Karlsruhe-Land KV); Kajo Aicher (Bodenseekreis KV); Kathrin Weisser (Karlsruhe-Land KV); Ralph Urban (Herzogtum Lauenburg KV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Benedict Wieters (Köln KV); sowie 14 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.